

Kommentare und Berichte

40-, 50-, 60-Stundenwoche

Siemens presst der IG Metall in zwei Betrieben der Handy-Fertigung die 40-Stunden-Woche, das heißt fünf Stunden unbezahlte Mehrarbeit, ab. Die Bundesregierung folgt dem Beispiel mehrerer Länder und verordnet den Beamten die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche, um, so Innenminister Schily, auf diese Weise 3,9 Prozent Stellen einzusparen. Der Abschied von der flexiblen Altersgrenze war nur der Auftakt für die ins Haus stehende Heraufsetzung des Rentenalters. „Warum die Deutschen wieder mehr arbeiten müssen“, erklärt „Der Spiegel“: Nur so könne die Wirtschaft wieder Schwung gewinnen und Arbeitsplätze schaffen. Vertreter der Wirtschaftsforschungsinstitute sekundieren und fordern in der „Bild-Zeitung“ gar die Rückkehr zur 50-Stunden-Woche.¹

Die Geschichte kennt Zeiten kollektiver Umnachtung. Dann schlägt die Stunde der Magie; Beschwörungsformeln ersetzen rationales Handeln. Die derzeit betriebene Arbeitszeitverlängerung trägt alle Züge von ökonomischem Okkultismus und irrationaler Krisenverschärfung: Die Debatte findet in einem Land statt, das seit beinahe 30 Jahren von Massenarbeitslosigkeit gezeichnet ist. Entgegen allen wirtschaftspolitischen Verheißungen von Sachverständigenrat, Bundesregierungen und anderen Propheten ist die Arbeitslosigkeit nicht zurückgegangen, sondern weiter angestiegen. Was hat man Beschäftigten und Arbeitslosen nichts alles zugemutet: Erleichterung befristeter Einstellungen, Förderung der Leiharbeit, Abbau von Arbeitsschutz, Qualitätsminderung der Berufsausbildung, Einschränkung des Kündigungsschutzes, Subventionierung des

Niedriglohnssektors, Erhöhung des Drucks auf Arbeitslose, Teilprivatisierung von Rente und Krankenversicherung, und immer wieder tarifvertraglich bewirkte Gewinnverbesserung zu Lasten der Arbeitseinkommen. Keines dieser markt-orthodoxen Rezepte hat das eingelöst, was die jeweilige „Reform“-Agenda vollmundig versprach: die Beschäftigung zu fördern. Nicht anders wird die Bilanz der jüngsten Inszenierung Hartz IV ausfallen, dem bisher rücksichtslosesten Eingriff in Lebensstandard und Selbstbestimmung der Arbeitslosen.

Vor diesem Hintergrund auf Arbeitszeitverlängerung zu setzen, ist, mit Verlaub, ein Stück aus dem Tollhaus. Mehrere Millionen Menschen sind arbeitslos, weil Arbeitsplätze fehlen. Wer in solcher Lage denen, die Arbeit haben, längere Arbeitszeiten zumutet, bewirkt, dass noch mehr Menschen vor verschlossenen Toren stehen. Wenn der Gesetzgeber das Rentenalter heraufsetzt, also alte Menschen länger an den Arbeitsplatz bindet, erschwert er den Zugang für jüngere. Wenn Bundes- und Landesregierungen Beamte länger arbeiten lassen, errichten sie zusätzliche Hürden für junge Menschen. Es mag ja für den Haushalt eines Ressorts verlockend sein, Stellen einzusparen; doch für den politischen und finanziellen Haushalt der Gesellschaft wird auf diese Weise ein Mehrfaches an Kosten produziert. Wenn unternehmerisches Denken und Handeln an den Grenzen betriebswirtschaftlichen Kalküls enden, mag das noch verständlich sein. Doch wenn staatliche Entscheidungsträger die bornierte Sicht einzelner Ressorts und Einrichtungen zum Maßstab politischen Handelns machen, triumphiert parzelliertes Denken über die politische Verantwortung fürs Ganze.

Der argumentative Kern dieser Art von Politik ist stets der gleiche: Die Senkung der Arbeitskosten lasse neue Ar-

¹ „Der Spiegel“, 28/2004; „Bild“, 5.7.2004.

beit entstehen, da Kostensenkung zusätzliche Nachfrage schaffe oder da die Unterbietung ausländischer Konkurrenten im Standortwettbewerb größere Marktanteile sichere. Dieses Credo vernehmen wir in jeder Tarifrunde; es hat den Abbau der Lohnnebenkosten zur Schicksalsfrage der Nation gemacht und die Hoffnung genährt, die Senkung von Steuern und Staatsquote setze Wachstumskräfte frei; es gaukelt uns vor, dass allein der gefügige, in seinen Rechten beschränkte Arbeitnehmer die Unternehmer zu Neueinstellungen motiviere. Und nun bestimmt derselbe Glaubenssatz die Arbeitszeitdebatte.

Nur: Stimmte das Dogma, herrschte längst Vollbeschäftigung! Es ist ein Mythos, dass die Senkung der Arbeitskosten aus sich selbst heraus Nachfrage generiert. Volkswirtschaftlich bleibt es ein Widerspruch, auf der einen Seite die Arbeitskosten kürzen und die öffentlichen Haushalte strangulieren und dabei zugleich Kaufkraft und Nachfrage stärken zu wollen. Wo und wann auch immer die Politik auf solche absurde Logik gesetzt hat, ist sie gescheitert. Es sei denn, es gelänge im Unterbietungswettlauf Kaufkraft von ausländischen Märkten auf sich zu ziehen. Damit sind wir beim zweiten Teil der Argumentation, für den es in der Tat Belege gibt, wie etwa das immer wieder genannte niederländische Polder-Modell vor 20 Jahren. Nur schießt eine solche Strategie ins Leere, wenn der eigene Standort im internationalen Wettbewerb bei der Mobilisierung seiner Kostenreserven längst an seine Grenzen stößt. Die Bundesrepublik bewegt sich seit eh und je am unteren Ende der Lohnkosten und fährt demzufolge Jahr für Jahr Rekordüberschüsse im Außenhandel ein; allein von 2000 bis 2003 haben sie sich verdreifacht. Jeder Versuch, das Ergebnis durch weiteres Sozialdumping zu überbieten, ginge zu Lasten des Binnenmarkts und würde teuer bezahlt.

Im Übrigen lässt sich selbst der internationale Handel nicht auf die Borniertheiten betriebswirtschaftlicher Stand-

ortlogik reduzieren. Auch hier bringen Ungleichgewichte auf Dauer keinen Segen. Kapitalexport, wenn er sich denn in produktiven Investitionen niederschlägt, ist sinnvoll, jedenfalls seitens einer Wirtschaft mit pathologisch hohen Exportüberschüssen. Wenn daher tatsächlich im Ausland stabile Standortvorteile winken, sind Verlagerungen auf Dauer ohnehin nicht aufzuhalten, auch nicht durch Tarifverzicht; solche Verlagerungen wären auch außenwirtschaftlich sinnvoll und könnten zur Wohlstandssteigerung beitragen, hüben wir drüben. Doch weit aus häufiger entpuppen sich Umzugsdrohungen als reiner Bluff: Wie beispielsweise die Handy-Fertigung in der Bundesrepublik bei einem Personalkostenanteil von nur sieben Prozent in ihrer Wettbewerbsfähigkeit von der 40-Stunden-Woche abhängen soll, bleibt das Geheimnis des Siemens-Vorstandes; fünf Stunden unbezahlte Mehrarbeit machen weniger aus als zum Beispiel die täglichen Aufwertungs-Ausschläge des Euro. Das Beispiel zeigt zugleich, in welchem Maße Belegschaften und Gewerkschaften erpressbar werden, solange Massenarbeitslosigkeit besteht; auch deshalb haben die Profiteure dieser Machtverschiebung kaum ein Interesse an der Überwindung der Arbeitslosigkeit. Und die wäre durchaus möglich, unter anderem durch kürzere Arbeitszeiten.

Produktivitätsfortschritt und Arbeitszeitverkürzung

Im Grunde rechtfertigt sich die Arbeitszeitverkürzung durch den Produktivitätsfortschritt. Wenn dank neuer Fertigungsmethoden, dank Rationalisierung und höherer Maschinenkapazitäten Jahr für Jahr pro Zeiteinheit und Arbeitsplatz mehr produziert wird, sollte sich dieser Produktivitätszuwachs – neben höheren Löhnen und Gehältern – in wachsender Freizeit niederschlagen. Wenn die Arbeit schneller von der Hand

geht, wächst der Anteil freier Zeit. Dies kann man an der Entwicklung der gesamtgesellschaftlichen Arbeitszeit ablesen: 1960 wandte die westdeutsche Erwerbsbevölkerung in der Summe 56 Milliarden Stunden auf, um das damalige Sozialprodukt zu erarbeiten; 35 Jahre später war die gesamtgesellschaftliche Arbeitszeit derselben westdeutschen Bevölkerung auf 44 Mrd. Stunden gesunken, um ein Sozialprodukt zu erarbeiten, das sich inzwischen verdreifacht hat. Der Rückgang der gesamtgesellschaftlichen Arbeitszeit hat sich in unterschiedlicher Weise manifestiert: durch kürzere Arbeitszeiten, Urlaub, längere Ausbildungszeiten, vorgezogene Rente – und eben auch in Gestalt anhaltender und wachsender Arbeitslosigkeit, also zwangsweise auferlegter Freizeit. Es gehört zu den Paradoxien im Kapitalismus, dass Rationalisierung, eine potenzielle Quelle allgemeinen Wohlstands, sich in eine Geißel verwandelt, wenn es nicht gelingt, den Produktivitätsfortschritt sozial und den Wohlstand mehrend zu verteilen. Abermals begegnen wir der gewerkschaftlichen Schwäche: In Zeiten der Prosperität und Vollbeschäftigung, zwischen 1960 und 1975, reduzierte sich die Arbeitszeit im Jahresdurchschnitt um ein Prozent. Dagegen sank sie in den folgenden zehn Jahren nur noch um 0,3 Prozent; ab Mitte der 90er Jahre ist die Arbeitszeitverkürzung dann vollends zum Stillstand gekommen, obwohl sie dringender geboten ist denn je.

Was daher Not tut, ist ein neuer Anlauf zu kürzeren Arbeitszeiten, durch Tarifvertrag wie durch Gesetz. Dies scheint zurzeit nicht populär. Doch wer deshalb zurückweicht, lädt die Gegenseite geradezu ein, das Gegenteil auf die Tagesordnung zu setzen. Ein Aufbruch zu neuen Arbeitszeiten ist gewiss nicht leicht; die IG Metall hat dies unlängst erfahren. Doch selbst unter den schweren Bedingungen in den neuen Bundesländern hat sich gezeigt, dass das Thema durchaus konfliktfähig ist. Nur kann man es nicht dabei bewenden

lassen, an die Solidarität derer zu appellieren, die „drinnen“ sind, damit sie Arbeitszeit mit denen teilen, die draußen stehen. Stets war der Aufbruch zu kürzeren Arbeitszeiten Teil sozialer Kämpfe, in denen es um handfeste und spürbare Wohlstandssteigerungen ging. Diese müssen sich nicht darin erschöpfen, die Qual des überlangen Arbeitstages zu überwinden, was sicherlich vor 100 Jahren auf der Tagesordnung stand. Spätestens seit den 60er Jahren wissen wir, dass freie Zeit auch ein wichtiger Wohlfaktor ist und als solcher erlebt wird.

Nur müssen wir auch hier den Wandel der Arbeitswelt berücksichtigen. Für viele Beschäftigte ist das Einheitsmaß des 7-Stunden-Tages und der 35-Stunden-Woche nicht mehr die zündende Idee, um die Schwelle zum Reich der Freiheit zu markieren. Wer beispielsweise den eigenen Arbeitsprozess – in Grenzen – selbst steuert, wer Ergebnisverantwortung trägt – gleich, ob aufgezwungen oder mit Freude –, schaut nicht auf die Uhr und unterbricht seine Arbeit nicht mitten in einem Arbeitsschritt. Viele Menschen sind durchaus bereit, sich mit wechselnden Arbeitsphasen zu arrangieren. Nur beanspruchen sie zum Ausgleich verlässliche und selbstbestimmte Freizeiten, sei es in Gestalt einer 4-Tage-Woche, sei es durch Blockfreizeiten oder gar Sabbaticals. Desgleichen gewinnt eine abwechslungsreiche Erwerbsbiographie größere Bedeutung, beispielsweise durch garantierte Zeiten der Weiterbildung oder in Gestalt reduzierter Arbeitszeiten, etwa um Kinder zu betreuen. Dies alles setzt freilich voraus, dass die Gewerkschaften neben den herkömmlichen Instrumenten der tarifvertraglichen Wochenarbeitszeit und der Mitbestimmungskontrolle über die Mehrarbeit andere plausible und die persönliche Autonomie erweiternde tarifvertragliche und gesetzliche Rechte entwickeln und einfordern. So gesehen können kürzere Arbeitszeiten durchaus wieder ein durchsetzungs-

fähiges Ziel der Tarifpolitik wie der Gesetzgeber sein. Sie müssen es sogar, sofern der Ruf nach Überwindung der Arbeitslosigkeit glaubhaft bleiben soll.

Detlef Henschel

Gedenkstätten- dialektik

Es wird noch immer falsch gedacht im längst wiedervereinigten Deutschland. Deshalb setzt sich die christliche Union für ein richtiges Gedenken ein. Einerseits: „Das Nationalsozialistische Regime hat mit dem millionenfachen Mord an den europäischen Juden ein singuläres Verbrechen begangen, das immer ein spezielles Gedenken erfordern wird.“ Jedoch andererseits: „Beide deutsche Diktaturen waren von einer Gewaltherrschaft geprägt, die sich in der systematischen Verfolgung und Unterdrückung ganzer Bevölkerungsgruppen manifestiert hat.“

Der erste Satz mit dem ganz Speziellen ist das Feigenblatt, das der sehr ehemalige Bürgerrechtler und nunmehrige CDU-Abgeordnete Günter Nooke im Bundestag seiner Beschlussvorlage „Förderung von Gedenkstätten zur Diktaturgeschichte in Deutschland“ nachträglich applizierte, nachdem zuvor die nackte erste Fassung Bestürzung hervorgerufen hatte – weniger bei den Deutschdeutschen im Inland, aber doch immer noch bei den Erinnerungsfähigen im Ausland.¹ Der allzu auffällige Hinweis auf die vorbildliche sächsische Gedenkkultur – zahlreiche Verfolgtenorganisationen hatten protestiert – verschwand vorsichtshalber nach dem neuesten Skandal um das so genannte Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung in Dresden. Das

ist CDU-Dialektik – die doch wieder nur bei der bewährten Nolte-Weisheit enden wird, dass Stalin Auschwitz erfunden hat.

Die so sanft überarbeitete Beschlussvorlage wurde zu einem Termin angesetzt, der das neu eingefügte „spezielle Gedenken“ wieder gutmacht: Am 17. Juni beriet der Deutsche Bundestag die Erinnerungskultur. Ein denkwürdiger Termin. Doch ahnungslos trat die PDS-Abgeordnete Gesine Löttsch von ihrer Hinterstbank ans Mikrofon und glaubte sagen zu können: „Dr. Jan Munk, Direktor der Gedenkstätte Theresienstadt und Vorsitzender der Föderation der Jüdischen Gemeinde in der Tschechischen Republik, schrieb mir, dass die Umsetzung dieses Antrages „auch in den Nachbarländern und anderswo in der Welt ... Besorgnis hervorrufen könnte.““ Da traf diese Fürsprecherin tschechischer Juden wie ein Blitz der Zwischenruf der Volksvertreterin aus dem Wahlkreis Bautzen, Maria Michalk, die dort schon seit 1972 der CDU angehört. Sie rief: „Dass Sie sich nicht schämen – am 17. Juni!“²

Es ist wahr. Nichts zeigt deutlicher, welch guten Sinn die vom CDU-Antrag beabsichtigte Gleichsetzung der beiden totalitären Diktaturen in Deutschland macht. Nichts kann den antitotalitären Konsens des deutschen Volkes besser dokumentieren. Der große Volksaufstand des 17. Juni 1953, an dem sich der durch Normerhöhungen eingeschränkte Freiheitswille der Bürger Bahn brach, war doch nur ein Spiegelbild jener mächtigen Erhebung, die sich vollzog, als der Nazipropagandist Joseph Goebbels nach der Niederlage von Stalingrad im Sportpalast fragte: „Wollt Ihr den totalen Krieg?“. Ein tausendfaches Nein schallte ihm entgegen. Das Volk stand auf und ein Sturm brach los in ganz Deutschland. Die Nazis

1 Vgl. Rolf Surmann, Konstruierte Geschichte, in: „Blätter“, 3/2004, S. 273-276, sowie die Dokumentation des ersten Antrages der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, in: ebd., S. 380-384.

2 Vgl. Debattenwortlaut unter www.bundestag.de/bic/plenarprotokolle/pp/114/index.html.